

**Einige Daten und Fakten zur
Tarifrunde 2008**

**Zusammengestellt für die Vertrauensleute
der Halle 8**

(von Gerhard Kupfer, VKL)

Gewinner und Verlierer des Aufschwungs

4 Jahre Aufschwung 2004 – 2007:

- **BIP (real):** + 7,4 %
- **Volkseinkommen:** + 14,1 %
- **Inflation:** + 7,5 %

Gewinner

	2004 – 2007
■ Unternehmens- und Vermögenseinkommen	+ 38,0 %
■ Gewinne Kapitalgesellschaften (brutto)	+ 53,0 %
■ Profite Dax-30-Könzerne (netto)	+ 185,0 %
■ Vorstandsbezüge pro Kopf 2003 – 2006 (Dax-30) 2003 – 2007	+ 43,0 % > + 50 %
■ Dividenden (Dax-30)	+ 180,0 %
■ Privates Geldvermögen	+ 21,0 %

Verlierer

	2004 – 2007
■ Arbeitnehmerentgelt Löhne	+ 4,2 %
■ Bruttolohn-Summe	+ 5,1 %
■ Nettolohn-Summe	+ 5,2 %
■ Reale Nettolohn-Summe (Kaufkraft)	-2,3 %
■ Privater Konsum (real)	+ 0,9 %
■ Renten (je Rentner)	
■ nominal	- 1,0 %
■ Real-Rente	- 8,3 %
■ Hartz-IV-Empfänger	
■ nominal	+ 0,54 %
■ real	- 6,9 %

← Arbeitsmarkt →

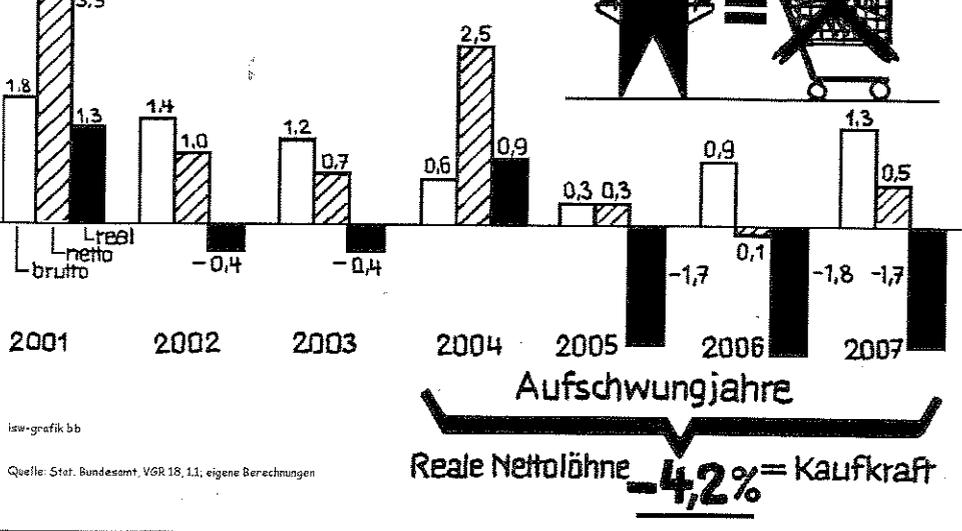
Keine eindeutige Zuordnung möglich:
 Beschäftigung + 1,01 Millionen, aber schlechtere Qualität des Arbeitsmarktes:
 400.000 mehr LeiharbeiterInnen, 500.000 mehr ausschließliche Mini-Jobber,
 300.000 Ein-Euro-Jobs, ca. 300.000 mehr Solo-Selbständige

Merkel: "Der Aufschwung kommt jetzt auch bei den kleinen Leuten an." (20.12.2007)

Nur 17 Prozent der Menschen sagen, dass sie vom Aufschwung profitieren. (Allensbach-Umfrage, FAZ 11.12.2007)

Lohnentwicklung 2001-2007

je Arbeitnehmer
in % zum Vorjahr



isw-grafik bb
Quelle: Stat. Bundesamt, VGR 18, 11; eigene Berechnungen

2007: Stärkster Anstieg seit 1994

■ **Verteuerung der Lebenshaltung: + 2,2 %**

Bilanz 4 Jahre Aufschwung: 150 Euro fehlen in der Haushaltskasse

In den vier Aufschwungsjahren hat sich die Lebenshaltung um insgesamt 7,5 % verteuert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts gibt ein Haushalt im Durchschnitt 2.000 Euro pro Monat für die Lebenshaltung aus. Legt man die 7,5 % Teuerung zugrunde, dann fehlen Ende 2007 gegenüber Anfang 2004 pro Monat 150 Euro in der Haushaltskasse. Im Jahr bedeutet das einen Kaufkraftverlust von 1.800 Euro.

Einkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche

Nach Berechnungen des DIW (Wochenbericht 13/2007) hat die Ungleichheit der am Markt erzielten Bruttoeinkommen – Löhne und Gehälter, Unternehmer- sowie Vermögenseinkommen – in den 90er Jahren in Deutschland stark zugenommen. "Während die preisbereinigten Einkommen im Durchschnitt konstant blieben, gab es für die oberen 10 % der Einkommenspyramide nennenswerte Zuwächse", heißt es in dem Bericht. Diese Gruppe (6,5 Millionen Personen) konnte ihr reales Markteinkommen (Lohneinkommen + Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit + Vermögenseinkommen) von 1992 bis 2001 um gut 7 % steigern; die Top 0,01 % (6.500 Personen) sogar um 17 %. Der Club der 650 einkommensreichsten Personen erzielte im gleichen Zeitraum ein um 35 % höheres Jahreseinkommen – 15 Millionen Euro im Durchschnitt. Die 65 Reichsten bezogen 2001 ein Durchschnittseinkommen von 50 Millionen Euro (53 % mehr als 1992). Daten des SOEP (zu SOEP siehe Definition bei Reichtum) zur Entwicklung der Jahreseinkommen, "deuten darauf hin, dass sich die Ungleichheit der Markteinkommen nach 2001 weiter verstärkt hat" (S. 193). Vor allem auch wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der rasanten Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen (S. 196).

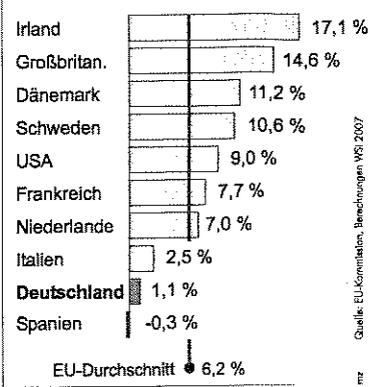
Zunehmende Lohnspreizung:
Auch eine empirische Untersuchung des WSI anhand des SOEP kommt zu dem Ergebnis, dass der Abstand von den niedrigen zu den mittleren und hohen Löhnen, die so genannte Lohnspreizung, zwischen 1998 und 2005 in Deutschland deutlich zugenommen hat. Danach ergab die Analyse der SOEP-Daten: Die mittleren Einkommen stiegen im Untersuchungszeitraum leicht, die oberen Einkommen stärker. Die unteren Einkommen sanken hingegen (WSI-Mitteilungen 2/2008, S. 85 ff).

2007: Erneut Reallohnabbau

■ **Bruttolohn und -gehalt: + 1,4 %**
■ **Nettolohn und -gehalt: + 0,5 %**
■ **Reallohn (Kaufkraft): - 1,7 %**
jeweils je Arbeitnehmer

Realilöhne: BRD am Schluss

Entwicklung der Realilöhne im Zeitraum 2000 bis 2006



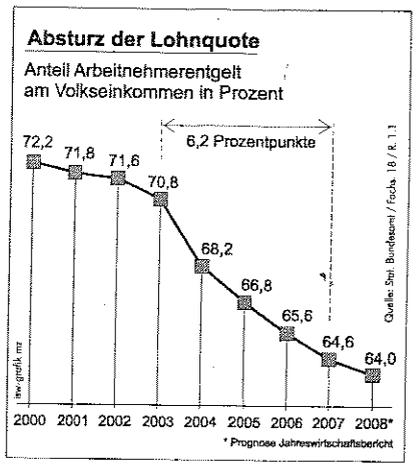
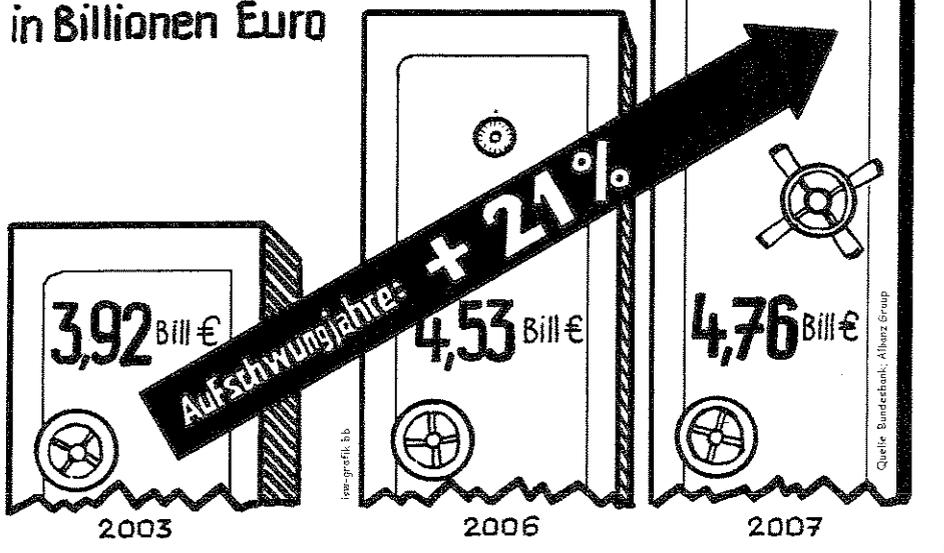
Löhne plus Arbeitgeberanteil an Sozialabgaben, preisbereinigt

Quelle: EU-Konvention, Berechnungen WSJ 2007
isw-grafik bb

2007:

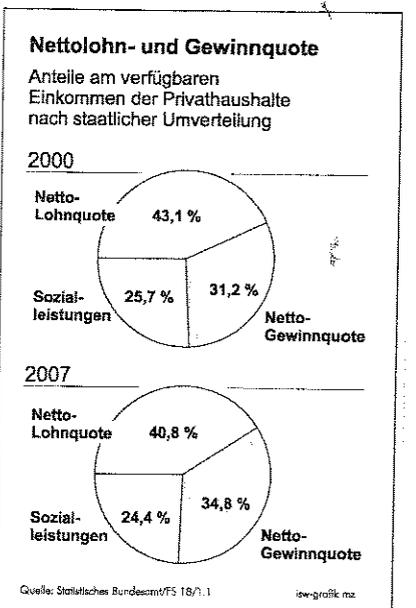
Privates Geldvermögen: + 5 %
= 4.760.000.000.000 Euro

Privates Geldvermögen in Billionen Euro

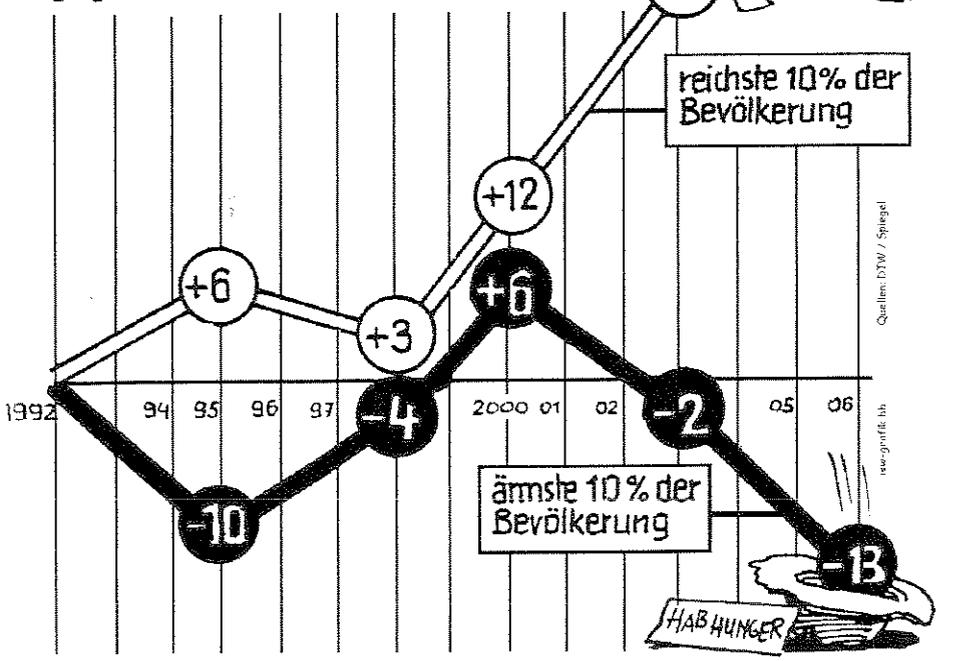


Löhne und Gehälter so niedrig wie vor 20 Jahren

Die Arbeitnehmer konnten sich in den letzten 20 Jahren nie so wenig kaufen wie im vergangenen Jahr. 2006 sind die realen Nettoeinkommen auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken, wie aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesarbeitsministeriums hervorgeht (FAZ und SZ, 25.9.07). Die Bruttoverdienste lagen 2006 zwar bei 26.736 Euro je Arbeitnehmer – der bis dahin höchste Wert seit Bestehen der BRD. Nach Abzug von Steuern, Abgaben und der seither stattgefundenen Teuerung betrug der vergleichbare reale Nettoverdienst jedoch nur 15.845 Euro im Jahr (1.320 Euro im Monat) und war damit auf dem Niveau von 1986. Im vergangenen Jahr – 2007 – ist zudem die Kaufkraft erneut um 1,7 % gesunken. Die Bruttolöhne stiegen 2006 im Vergleich zu 1986 um 48 %, Lohnsteuer und Sozialbeiträge um 66 %.

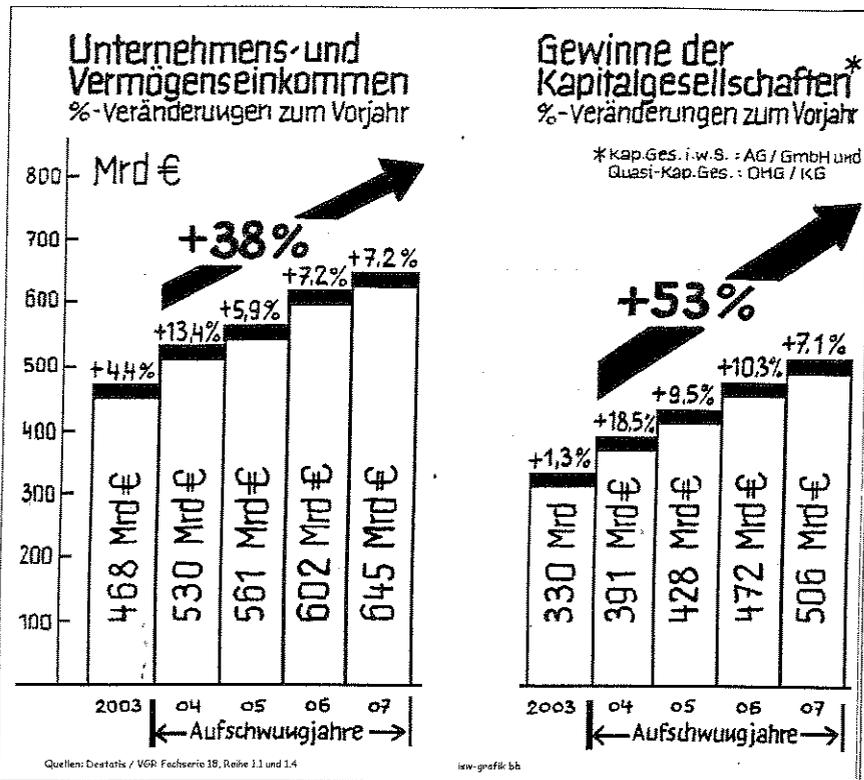


Veränderung des durchschnittlichen realen Prokopf-Nettoeinkommens gegenüber 1992 in Prozent



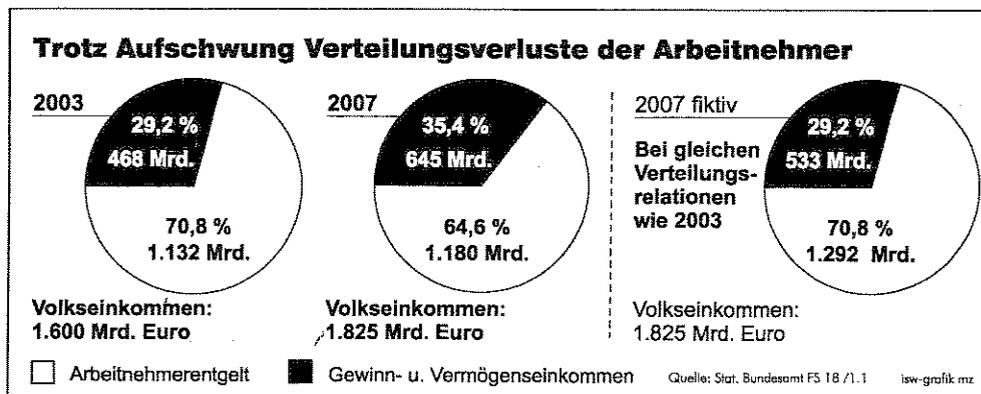
2007: Höchste Profite aller Zeiten

- Gewinn- u. Vermögenseinkommen: + 7,2 % (brutto)
- Gewinne Kapitalgesellschaften: + 7,1 % (brutto)
- Profite Dax-30-Konzerne: + 17,5 % (brutto); + 17 % (netto)
- Dividenden: + 15 %



2007:

- Weitere Umverteilung von unten nach oben



Obwohl die Zahl der Arbeitnehmer um fast 600.000 zunahm und mit 35,29 Millionen so hoch wie noch nie war, das Wirtschaftswachstum um 2,5 % zulegte, fiel die Lohnquote erneut – das siebte Mal in Folge. Diesmal genau um einen Prozentpunkt.

Bilanz 4 Jahre: Aufschwung der Profitquote – Absturz der Lohnquote

Gegenüber dem Jahr 2000 verringerte sich die Lohnquote um 7,6 Prozentpunkte – die Gewinnquote erhöhte sich entsprechend. Während die Gewinn- und Vermögenseinkommen seit 2000 um mehr als die Hälfte angestiegen waren (+ 52 %), erhöhten sich die Arbeitnehmerentgelte um magere 7 %.



Profite Dax 30 2007

in Mrd. Euro
Veränderung zum Vorjahr in %

	Mrd. €	%
Adidas	0,55	+14,6
Allianz	8,00	+13,5
BASF	4,07	+25,4
Bayer	4,71	+18,0
BMW	3,13	+9,0
Commerzbank	1,92	+20,0
Continental	1,02	+3,9
Daimler	3,99	+5,3
Deutsche Bank	6,51	+7,1
Deutsche Börse	0,91	+36,3
Deutsche Post	1,39	-27,5
Deutsche Postbank	0,87	+25,2
Deutsche Telekom	1,08	-69,7
E.ON	7,72	+27,0
Fresenius Med. Care	0,72	+34,0
Henkel	0,92	+7,7
Hypo Real Estate	0,48	-13,0
Infineon	-0,37	—
Linde	0,95	-48,2
Lufthansa	1,66	+107,5
MAN	1,23	+32,2
Merck	3,52	+25,2
Metro	0,98	-17,6
Münchener Rück	3,90	+11,4
RWE	2,66	-30,9
SAP	1,92	+3,0
Siemens	4,04	+20,6
Thyssen-Krupp	2,19	+28,8
TUI	0,24	—
VW	4,12	+49,9
Dax 30 gesamt	75,0	+16,7

Quelle: Geschäftsberichte; eigene Berechnungen

lsw-grafik mz

Anzahl und Anteil der Niedriglohnbeschäftigten und Leistungsbezieher nach SGB (Alg I + Alg II)

	2005	2006	2007
Arbeitslosengeld-Empfänger (Alg I) nach SGB III	1.756.583	1.803.936	1.083.812
+ Erwerbsfähige Hilfsbedürftige (Alg II) nach SGB II	4.684.167	5.126.336	5.215.554
= Summe der Leistungsempfänger nach SGB II und SGB III	6.440.750	6.930.272	6.229.366
+ Beschäftigte im Niedriglohnbereich (nach IAQ-Report 2008-01)*	6.178.000	6.500.000	noch kein entsprechender Report
= Niedriglohnbeschäftigte und Leistungsempfänger	12.681.750	13.430.272	
Abhängig Beschäftigte (Arbeitnehmer) **	34.393.000	34.614.000	35.213.000
+ Leistungsempfänger	6.440.750	6.930.272	6.299.366
= Alle ArbeitnehmerInnen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen	40.833.750	41.544.272	41.512.366
Anteil der Niedriglohnbeschäftigten und Leistungsempfänger an allen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen	31,1 %	32,67 %	
Außerdem: Nichterwerbsfähige Hilfsbedürftige (Sozialgeld) nach SGB II	1.670.000	1.838.822	1.941.051

* Anteil der Niedriglohnbeschäftigten unter abhängig Beschäftigten: 2004 20,1 % lt. IAQ Report 2008-0, 2005 21,1 % interpoliert, bezogen auf 6.500.000, 2006 22,2 % lt. IAQ Report 2008-01

** nach Inländerkonzept = Erwerbstätige bzw. Beschäftigte mit Wohnsitz und Arbeit in Deutschland + Auspendler (Erwerbstätige bzw. Beschäftigte mit Wohnsitz in D und Arbeit außerhalb D) ohne Einpendler. (Stat. Bundesamt)

Quellen: IAQ Report 2008-01, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung

isw-grafik mz

Die Zahl der Milliardäre betrug im Jahr 2006 in Deutschland **121**.

Alle Milliardenvermögen zusammen betragen 2006 stolze **436 Milliarden Euro**, **34% mehr**, als im Jahr davor.

Nur **10%** Steuer auf diese 423 Mrd. würden über **40 Mrd.** für Schulen, Krankenhäuser oder gegen Kinder- und Altersarmut bedeuten.

(Zahlen nach „managermagazin“)

Bei der Verteilung dieses Netto-Vermögens kommt das DIW zu folgendem Ergebnis: Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung verfügt über keines oder nur ein sehr geringes Vermögen. Dagegen besitzen die reichsten zehn Prozent der Deutschen annähernd 60 Prozent des gesamten Volksvermögens. Das oberste Prozent vereint allein mehr als 20 Prozent des gesamten Vermögens auf sich (S. 668). Anders ausgedrückt: Das reichste Prozent der Bevölkerung, also etwa 800.000 Personen besitzt doppelt so viel Vermögen wie die "unteren" 70 % der Bevölkerung – 57 Millionen Menschen in der BRD – die insgesamt knapp zehn Prozent des Vermögens auf sich vereinen. Ein gigantischer Graben, der sich hier auftut.

ISW - Wirtschaftskräfte

Etat 2008: Steuergeschenke an Reiche und Konzerne zu Lasten von Konsum und Konjunktur

176,8 Milliarden Euro soll 2008 die Mehrwertsteuer bringen, das wären gut 30 Milliarden mehr als 2006, dem Jahr vor der Mehrwertsteuererhöhung. Knapp zwei Milliarden mehr erbringt die Versicherungsteuer. Und die Lohnsteuer wird mit 141 Milliarden veranschlagt (AK Steuerschätzung, Nov. 2007). Von den Mehreinnahmen von 18 Milliarden entfallen mehr als die Hälfte auf die "kalte Progression". Verbraucher und Lohnsteuerzahler werden abgezockt wie nie zuvor.

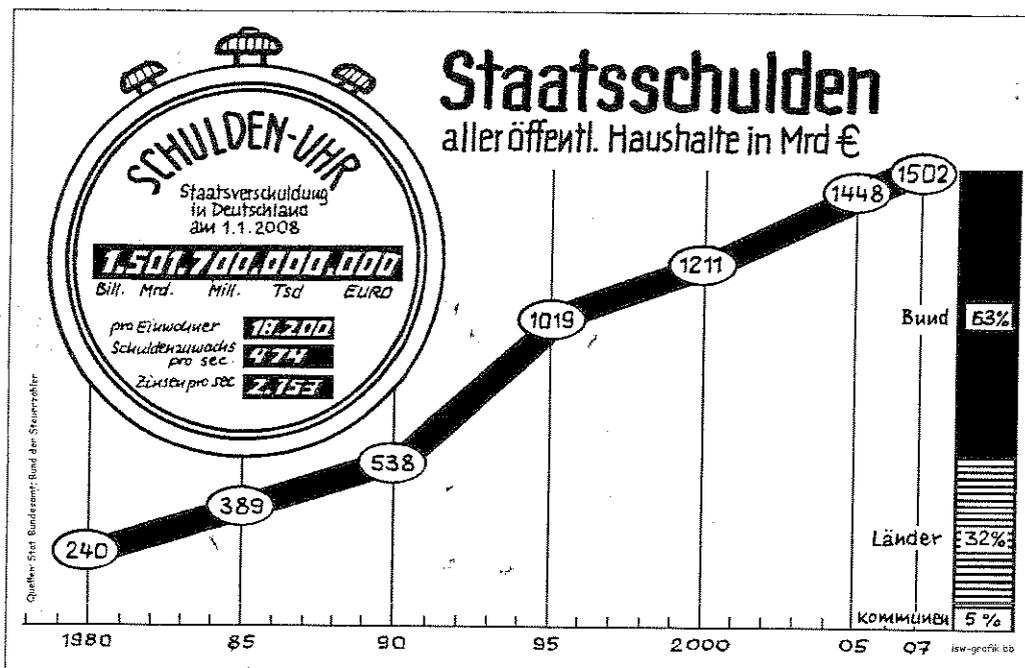
Mit diesen Mehreinnahmen wird u.a. finanziert:

- Eine weitere Verminderung der Neuverschuldung. Die Nettokreditaufnahme soll von 19,6 Mrd. Euro auf 11,9 Mrd. Euro sinken.
- **Steuergeschenke an die Konzerne:** Eingeplant ist für 2008 eine Senkung von Körperschaft- und Gewerbesteuer von zusammen 6,8 Mrd. Euro; es werden jedoch mit Sicherheit mehr als zehn Milliarden Euro werden.
- **Steuergeschenke an Erben:** Nach dem AK Steuerschätzung soll die Erbschaftsteuer etwa gleich bleiben; sie wird sich jedoch vermindern (→ Steuern).
- **Steuergeschenke an Geldvermögende:** Mit Mindereinnahmen in Milliardenhöhe ist auch bei der Versteuerung von Vermögenseinkünften infolge der Einführung der Abgeltungsteuer zu rechnen (→ Steuern).
- **Geschenke an Militär und Rüstungsindustrie:** Der Einzelplan 14 (Verteidigung) steigt um fast 1,1 Mrd. Euro auf fast 30 Milliarden Euro (29.450 + militärische Beschaffungen in EPL 60). Grund: Höhere Kosten für Auslandseinsätze der Bundeswehr und neue Waffenprojekte (→ Anhang). Die zusätzlichen Soldaten für den Afghanistaneinsatz sind dabei noch nicht berücksichtigt. Der "Verteidigungshaushalt" ist damit fünfmal so groß wie der Etat für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (EPL 17).
- **Zinsgeschenke an Banken:** Für die Bedienung der Bundesschuld müssen 43 Milliarden Euro aufgewendet werden – 2,5 Mrd. Euro mehr als 2007.

Während Konzernen und Reichen zig Milliarden hinterher geworfen werden, erhalten AlII-Empfänger nicht einmal einen Teuerungsausgleich. Eine Anhebung des Regelsatzes soll erst für 2009 "geprüft" werden. Dafür erhalten die Unternehmen durch Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weitere 3,8 Mrd. Euro geschenkt.

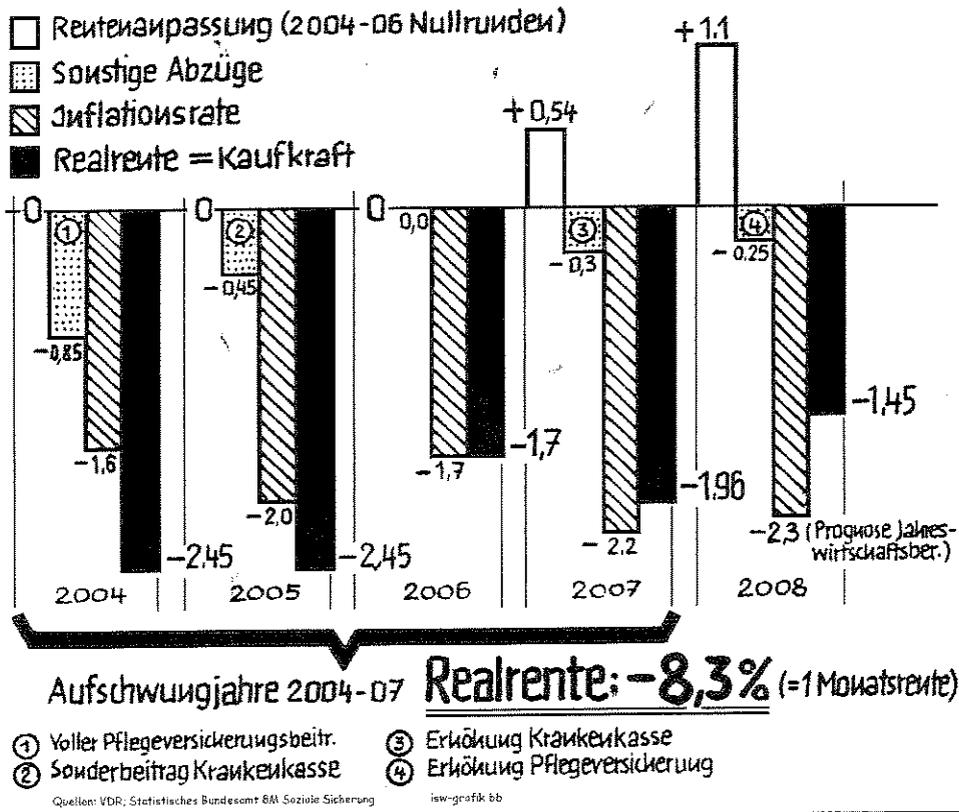
2007

- **Gesamte Staatsschulden: über 1,5 Billionen Euro**
- **Haushaltsanierung zu Lasten der Arbeitnehmer und Konsumenten**



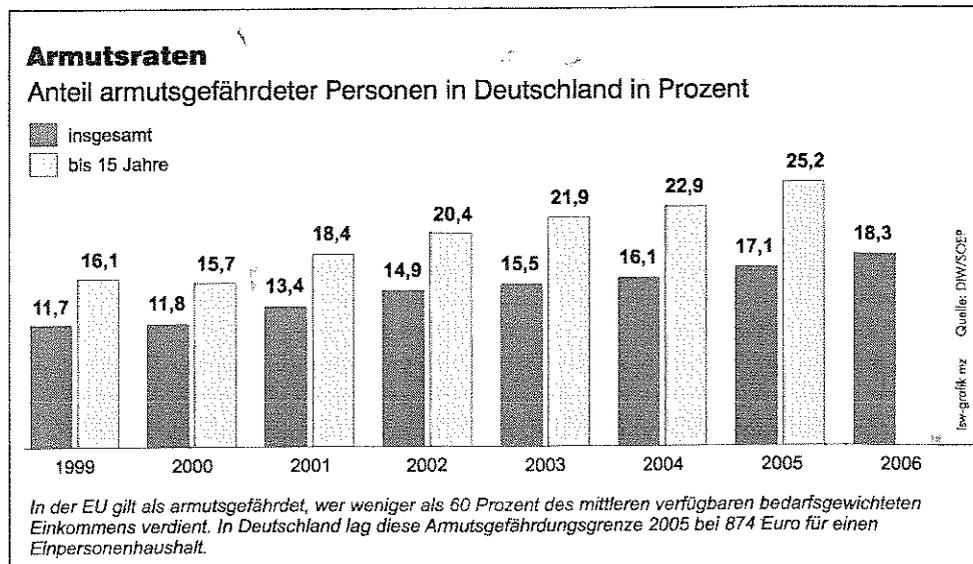
Renten, dynamisch nach unten

Veränderungen in Prozent



Armut in der BRD nimmt stark zu
 – jeder sechste Bundesbürger ist arm
 – bei Kindern ist es jedes vierte

"Armut in Deutschland verfestigt sich" – unter diesem Titel veröffentlichte das DIW im März 2007 einen Bericht über die Einkommensarmut. Die Studie basiert auf den Daten der SOEP-Haushaltsbefragung, bei der auch die ausländische Wohnbevölkerung mit einbezogen ist und die deshalb zu realitätsnäheren Armutsniveaus kommt als die Armutsberichte der Bundesregierung, die auf den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) beruhen. Nach der DIW-Studie ist die Einkommensarmut in Deutschland in den Jahren 1999 bis 2005 sechs Jahre in Folge gestiegen, von 11,7 % auf 17,1 % – also um beinahe die Hälfte. "An der Tendenz einer Zunahme der Armut in Deutschland kann nach diesen Daten kein Zweifel sein", heißt es in dem Bericht (DIW-Wochenbericht 12/2007, S. 177 f). Wegen Hartz IV und Niedriglöhnen ist die Armutsquote auch 2006 gestiegen, nach dem jüngsten SOEP auf 18,3 % (Spiegel, 17.12.07).



Sonstige Daten und Fakten:

- Offizielle Inflationsrate im Juli 2008: **+3,3%** („Warenkorb“), davon
- Nahrungsmittel **+9,9%** (Vergleich Juli 2007 und Juli 2008), davon:
- Brot / Getreideprodukte **+18,2%**
- Milchprodukte **+13,2%**
- Strom / Gas bis **+29%**
- Benzin / Heizöl **+ 30,8 %...**

(Angaben lt. Statistisches Bundesamt)

- Vermögen der deutschen Autoindustrie **420 Milliarden Euro**
- Vermögen Daimler ca. **217 Milliarden Euro**
- Liquide Mittel („Bargeld“) Daimler **15,6 Milliarden Euro**
- Profit Daimler 2007 **8,7 Milliarden Euro**
- Vorstand Daimler erhöht sich die Bezüge um **70%** (was wir als Ergebnisbeteiligung im April 2008 bekommen haben, bekommt Dieter Zetsche das ganze Jahr über alle **25 Minuten!**)

(Angaben IG Metall, Daimler-Bilanz und eigene Berechnungen)

- Fast ein Drittel der Steuereinnahmen des Staates (**70 Milliarden** von 238 Milliarden) gehen an Zinszahlungen für die Staatsverschuldung an die Großbanken drauf
- Der offizielle Verteidigungshaushalt weist für 2009 **31,1 Milliarden Euro** aus (2005: 23,9 Mrd.). Das sind 10% des Bundeshaushalts. Und: das ist die größte Summe in ganz Europa, größer als Russland!
- Der Haushalt des Innenministeriums wird von 4 (2005) auf **5,5 Milliarden** (2009) aufgestockt für den Umbau des Staatsapparats (Bundespolizei, BKA, usw.)

(Angaben Bundesministerium für Finanzen)